

GRUSSWORT

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

was für ein herrlicher Spätsommer in Aachen. Der September zeigte sich von seiner schönsten Seite und garantierte den Öchern eine tolle Zeit bei den vielen Veranstaltungen, die letzten Monat unter optimalen Wetterbedingungen stattfinden konnten.

Bereits zum zehnten Mal lud das dreitägige September-Special mit einem bunten Programm aus internationalen und lokalen Künstlern viele Besucher ein, das einzigartige Flair in der Innenstadt zu genießen. Künstlerische, musikalische und wissenschaftliche Shows verwandelten die Gegend rund um Markt und Dom in eine große Bühne.

Im Rahmen des „Future Lab Aachen“ wurde das Thema „Wissenschaft“ kreativ innerhalb einer spektakulären Lichtshow an der Fassade des Rathauses umgesetzt. Wirklich tolle Eindrücke, die deutlich machten, dass in Aachen Wissenschaft und Kultur gleichermaßen viel Potential beinhalten.

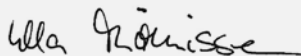
Die Landtagswahl im Mai nächsten Jahres, die auch wichtiger Gradmesser für die Bundestagswahl 4 Monate später sein wird, wirft ihre Schatten voraus. Planungen und Vorbereitungen laufen an. Und die Ergebnisse der letzten Wahlen in unserem

Land haben uns deutlich gezeigt, dass wir politisch einen Neuanfang brauchen, wenn wir erfolgreiche Politik für die Bürger machen wollen. Die Gunst der Wähler gewinnen wir nicht, wenn wir weiter mit der CSU streiten und auch nicht, wenn wir in diesen Zeiten, in denen Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewonnen werden müssen, überflüssige Debatten führen, die sich mit innerparteilichen Themen befassen.

Wir müssen geschlossen, einig, ehrlich und mit einer klaren Haltung zu den Fragen, die die Menschen - auch in Aachen - beschäftigen, auf die aktuell weit verbreitete Politikverdrossenheit reagieren. Wir müssen nicht die AfD bekämpfen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern Antworten geben und uns um ihre Ängste kümmern, dann gewinnen wir auch ihr Vertrauen zurück.

Gehen wir es in diesem Sinne gemeinsam an!

Herzlich grüßt Sie Ihre



Ulla Thönissen MdL



THEMEN

BUND

- » Innen- und außenpolitische Herausforderungen

LAND

- » Aktuelles aus dem Landtag

FRAKTION

- » TOP-Thema: Abfallwirtschaft

EUROPA

- » Anpassung der Regelungen für Internet und Rundfunk

BUND

Innen- und außenpolitische Herausforderungen

Deutschland steht derzeit innen- wie außenpolitisch vor großen Herausforderungen. Für die unionsgeführte Bundesregierung und unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ist das vergangene Jahr die wohl größte Herausforderung ihrer nun zehnjährigen Amtszeit und damit auch unserer Partei. Das ist uns nicht erst seit den schlechten Wahlergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin klar. An den Wahlsonntagen haben dort alle Parteien zahlreiche Wähler an die AfD verloren – das Hauptmotiv war vor allem Protest.

Der Bundesminister der Finanzen, Wolfgang Schäuble, hat in der Haushaltsdebatte völlig zurecht darauf hingewiesen, dass wir in widersprüchlichen Zeiten leben, denn eigentlich geht es uns in Deutschland überwiegend gut. Die wirtschaftliche Situation ist robust, die Löhne und Renten sind gestiegen, die Arbeitslosigkeit sinkt, doch die Sorgen der Bürger betreffen überwiegend die Unsicherheit in der Flüchtlingsfrage. In solch einer Situation ist es für Populisten offenbar einfach geworden, mit einfachen Parolen auf Herausforderungen wie die Terrorgefahr, den Krieg in Syrien und den Konflikt in der Ukraine, die schwierigen Beziehungen zu Russland oder der Veränderung der Gesellschaft durch Zuwanderung und den demographischen Wandel Zuspruch zu finden. Unsere Aufgabe ist es nun auf die Fragen der Gesellschaft stärkere Antworten zu finden.

Tatsächlich ist es ja so, dass wir auf Bundesebene bereits viele gesetzliche Veränderungen vorangetrieben haben, die etwa das

Asylrecht verschärfen, die Verfahren beschleunigen oder die Integration verbindlich machen. Wir wollen, dass sich eine Situation wie im vergangenen Jahr nicht wiederholt. Daran arbeiten wir auf nationaler wie auf internationaler Ebene – dazu gehören auch die diplomatischen Beziehungen zur Türkei, trotz der massiven Sorgen um die dortige politische und rechtsstaatliche Situation.

Vertrauen zurückgewinnen

Tatsache ist allerdings, dass unsere Anstrengungen von vielen Menschen – mitunter bewusst – nicht wahrgenommen werden. Das Vertrauen dieser Bürgerinnen und Bürger wieder zurückzugewinnen, werden wir nur mit innerparteilicher Geschlossenheit erreichen können. Gegenseitige Schuldzuweisungen helfen kein bisschen. Wir brauchen eine Politik, die sich an den realen Herausforderungen orientiert und den Menschen in diesem Land deutlich macht, dass sie auf die vielseitigen Herausforderungen, die mit der Globalisierung einhergehen, eine passende Antwort findet ohne dabei unsere Werte und Normen aufzugeben. Nach wie vor glaube ich, dass diese Art der Politik nachhaltig ist und sich auch wieder in deutlich mehr Zuspruch der Bevölkerung widerspiegeln wird. Daran arbeiten wir überall – auch hier in Aachen. Ich lade Sie ein, sich bei Fragen oder der Suche nach Hilfestellungen bei mir oder auch meinem Team in Aachen oder Berlin zu melden. Wir stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Verfügung. (Rudolf Henke MdB)

Aktuelles aus dem Landtag

Gemeindefinanzierungsgesetz entlastet Kommunen nicht

Im Landtag wurde kürzlich das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 (GFG), das natürlich eng mit dem eingebrachten Haushalt verknüpft ist, vorgestellt. Dabei ist besonders auffallend, dass die Situation der 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen angespannt und zum Teil besorgniserregend ist. Der Innenminister ignoriert diese Tatsache jedoch vollkommen und statt einer dringend benötigten Planungssicherheit für die betroffenen Städte und Gemeinden knüpft der Minister an alt bekanntes an und verteilt lediglich den Mangel um.

Was er dabei völlig aus den Augen verliert ist die Tatsache, dass angesichts der desolaten Finanzsituation Stillstand für die Städte und Gemeinden eben nicht nur Stillstand bedeutet, sondern gefährlicher Rückschritt ist. Das Gemeindefinanzierungsgesetz, das hier vorgelegt wurde, bietet keine Impulse für eine gerechte Mittelverteilung und keine Impulse für eine zukunftssichere Kommunalfinanzierung. Deshalb ist es unabdingbar, dass wir eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel vornehmen, da sonst in vielen Teilen des Landes die Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung droht.

Die einzige Änderung im diesjährigen GFG sind die zu verteilenden Summen. Diese steigen in der Tat, was aber nicht der Verdienst des Ministers ist, sondern vielmehr der guten Konjunktur und den Rekordsteuereinnahmen im Bund zu verdanken ist. Nur diese Rekordsteuereinnahmen überdecken die weiterhin bestehenden systemimmanenten Schwächen des GFG 2017. Doch der jährliche Kommunalfinanzausgleich im GFG 2017 kann noch so hohe

Rekordzuweisungen an die Kommunen ermöglichen. Wenn die Landesregierung den Kommunen aber weiterhin keine ausreichende finanzielle Auskömmlichkeit garantiert und sogar eine Integrationspauschale ablehnt, dann wird die finanzielle Situation der Kommunen in unserem Land weiterhin dramatisch bleiben, da an die Probleme von Morgen in keiner Weise gedacht wird.

Scheitern der Regierung Kraft bestätigt

Im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend wurden die Ergebnisse des Projekts „Kein Kind zurücklassen!“ vorgestellt. Dazu erklärt der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Tenhumberg: „Kein Kind zurücklassen!“ war einmal das zentrale Projekt dieser Landesregierung. Damit ist Frau Kraft krachend gescheitert.

Die Ministerien arbeiten schlecht und zu wenig zusammen. Vor allem die mit grünen Ministerinnen besetzten Ressorts Gesundheit sowie Schule wurden immer wieder genannt, wenn es um Schwierigkeiten beim Aufbau kommunaler Präventionsketten ging. Die Antwort auf die Frage, wie die rot-grüne Landesregierung endlich wirksam gegen Kinderarmut vorgehen will, bleibt sie immer noch schuldig.

Damit wird sie den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht. Die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen ist seit Amtsantritt der Regierung Kraft rasant gewachsen. 542.000 Kinder lebten 2015 in Nordrhein-Westfalen von Hartz-IV-Leistungen. Das waren 36.500 Kinder mehr als noch 2011.

(Ulla Thönnissen MdL)

FRAKTION

TOP-Thema: Abfallwirtschaft

TOP-Thema in der Septembersitzung des Aachener Stadtrates waren die Veränderungen in der Abfallwirtschaft. Nach acht Jahren stabilen Gebühren waren Anpassungen erforderlich. Nicht alle Anpassungen sind dabei auf ungeteilte Zustimmung getroffen. Teilweise hat das Thema bei den Bürgerinnen und Bürgern hitzige Emotionen ausgelöst.

Gut ist, dass viele Möglichkeiten genutzt worden sind, um die Kosten für die Abfallentsorgung zu mindern. Um rund 800.000 Euro sinken die Kosten für die Abfuhr und den Transport, da auf eine Vielzahl von wöchentlichen Leerungen verzichtet wird. Das ist eine Leistungseinschränkung, aber die Kostenersparnis für alle ist nicht zu verachten.

Gut ist, dass Nachbarn zusammen ihren Müll über eine Nachbarschaftstonne entsorgen können. Dazu müssen sich lediglich zwei oder mehr Nachbarn zusammenschließen. Jeder Nachbar erhält dann seinen eigenen Bescheid über seinen Anteil der Tonne. Vorteil für die Stadt: Weniger Tonnen müssen bewegt werden, dass spart Arbeit. Vorteil für die Nachbarn: der Anteil an einer größeren Tonne ist billiger als die eigene Tonne mit dem gleichen Volumen. So wird Müll zur Nachbarschaftshilfe, insb. für kleine Haushalte.

Umstritten: die Mindestmüllmenge. Kann eine Stadt schätzen, wieviel Müll jeder Bürger verursacht? Nicht genau, aber wir wissen, dass heute jeder Öcher im Schnitt 23 Liter pro Woche produziert. Die Mindestmüllmenge von 7,5 Liter pro Woche liegt bei einem Drittel des Durchschnitts. Das werden nicht viele unterbieten können.

Unvermeidbar: die Verteilung der Müllgebühren wird zukünftig nicht nur über die Größe der grauen Tonne erfolgen. Graue, grüne, blaue Tonnen, Container und Recyclinghöfe, Sperrgutabfahrt, alles alle zwei oder vier Wochen: die Leistungen, die bei der Entsorgung des Mülls in Anspruch genommen werden, sind zu individuell. Das neue System orientiert sich an der Verursachung der Kosten, Abholung, Transport, Entsorgung. Die Folge: kleine Tonnen sind relativ teurer als große Tonnen. Aber dafür gibt es eben zukünftig die Nachbarschaftstonne.

Unverändert: Das Serviceangebot der Recyclinghöfe bleibt unverändert. Hier kann jeder (fast) alles loswerden: Holz, Papier, Elektro, Farben, Lacke und Giftstoffe, Sperrmüll und gelbe Säcke, Batterien, alte CDs und natürlich Grünschnitt - ohne Begrenzung der Menge, ohne einen Euro zu zahlen.

(CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen)

» Aachen-West

27.10. | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Ratsfrau
Claudia Plum, Begegnungszentrum
Hanbruch, Kronenberg 127

» Brand

27.10. | 19:30 Uhr

Vorstandssitzung in der Gaststätte
„Bei Addi“, Hochstraße 26

» Burtscheid

04.10. | 18:30 Uhr

Politisches Gespräch, Gaststätte
„Kapellchen“, Malmedyer Straße

» Eilendorf

03.12. | Ankündigung

Weihnachtsfahrt zum Schloß Rheydt,
Auskunft erteilt Hildegard Pitz unter
0177-491 16 91

» Hangeweiher

13.10. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung, „Ronheider
Stuben“, Ronheider Berg 221

» Kornelimünster

11.10. | 19:30 Uhr

Offene Vorstandssitzung im Heim der
Trommler und Pfeifer, Alfons-Gerson-
Straße

» Laurensberg

04.10. | ab 20:00 Uhr

„Laurensberger Runde“ in der
Gaststätte „Zur Post“, Rathausstraße 2

» Stadtgarten

06.10. | 18:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit BM Dr.
Margrethe Schmeer, Städteregions-
tagsmitglied Jutta Lehnen & Andrea
Derichs (BV Aachen-Mitte), Restaurant
Soers, Krefelder Str. 86

» Vaalserquartier

Nach Terminvereinbarung

Sprechstunde mit Ratsherrn Christian
Krenkel und Städteregionstags-
mitglied Sebastian Exner.

Telefonisch erreichbar:

„Bürgertelefon - der heiße Draht
zur CDU Vaalserquartier“, Tel: 0241
89439792

» Evangelischer Arbeitskreis

31.10. | 18:45 Uhr

Gemeinsamer Besuch des Zentralen
Gottesdienstes zum Reformationstag

Auftakt zum Reformationsjubiläumjahr
2017, 500 Jahre Thesenanschlag von
Martin Luther. Treffpunkt am Eingang der
Annakirche, Annastraße.

Anmeldung erbeten unter harro.mies@
cdu-aachen.de / 0241-470710

» Junge Union

06.10. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung und
anschließend Stammtisch,
Restaurant „Labyrinth“, Pontstraße 156

» CDA

11.10. | 19:00 Uhr

Offene Vorstandssitzung im Restaurant
„Haus Kattwinkel“, Zehnthofweg 29

» Kreispartei

25.10. | 19:00 Uhr

Erweiterter Kreisvorstand im Novotel,
Peterstraße 66

25.10. | 20:00 Uhr

Aufstellungsversammlung zur
Bundestagswahl 2017
im Novotel, Peterstr. 66

Angabe von Terminen bis zum 14.10.2016 per
E-Mail an redaktion@cdu-aachen.de

Anpassung der Regelungen für Internet und Rundfunk

Gleiche Regeln für alle - EU berät über Anpassung der Regelungen für Internet und Rundfunk im digitalen Zeitalter

Liebe Leserin, lieber Leser

In vielen deutschen Wohnzimmern ist es bereits Realität: Der Vater schaut abends auf dem Fernseher sein Sportprogramm, die Mutter ihre Serie über einen Video-on-demand-Anbieter, die Teenagertochter sieht sich Videos und Blogs über YouTube an und der kleine Bruder darf vor dem Zubettgehen noch das Sandmännchen auf dem Tablet in der Mediathek des Rundfunkanbieters anschauen. Längst hat das Internet unsere Nutzungsgewohnheiten stark verändert. War früher das Fernsehen das klassische Medium, werden nun viele Inhalte über den PC, das Tablet oder das Smartphone konsumiert und verbreitet. Und viele Nutzer verwenden den Computer, das Smartphone oder den Tablet-PC als Fernseher und surfen auf dem Fernsehgerät oder der Spielkonsole im Internet.

An das digitale Zeitalter anpassen

Die Folge: Auf den internetfähigen Endgeräten konkurrieren nun regulierte Rundfunk- und Abrufdienste mit nicht-regulierten Inhalten aus dem Internet. Diese Regelungen sollen nun angepasst werden. Im Europäischen Parlament wird zurzeit ein Vorschlag der Europäischen Kommission zur Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste beraten. Ziel ist es, die zum Teil veralteten Regeln an das digitale Zeitalter anzupassen. So sollen vor allem die strengen Regelungen bezüglich Kinder- und Jugendschutz, Hassreden, Gewaltverherrlichung und Diskriminierung sowie einzelne Werberegulierungen, die bisher nur für den Rundfunk gelten, auch für Hersteller und Anbieter von Filmen, Programmen und Videos im Internet verpflichtend sein. Ich halte solch eine Anpassung der Gesetzgebung für notwendig, um faire Wettbewerbsbedingungen und gleiche Regeln für alle zu schaffen. Dass gleichzeitig mit den Änderungen der Vorschriften das Verbraucherschutzniveau in der EU erhöht wird, begrüße ich natürlich sehr.

Der von der Europäischen Kommission geforderten starken Flexibilisierung der Werberegulierung stehe ich allerdings kritisch gegenüber. Die Gefahr besteht, dass Nutzer vor allem am Abend in der Prime Time noch mehr Werbung ausgesetzt werden als dies ohnehin schon der Fall ist. Aus diesem Grund setze ich mich als Berichterstatterin für die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament dafür ein, dass in der Primetime strengere Regelungen bei der Werberegulierung gelten als die Europäische Kommission vorsieht.

Mehr Transparenz

Meiner Auffassung nach muss der Verbraucherschutz bezüglich Werbung im Internet ebenfalls erhöht werden. Aus diesem Grund setze ich mich für mehr Transparenz ein, Werbung, Produktplatzierungen und gesponserte Inhalte auch auf Video-Sharing Plattformen als solche kenntlich zu machen. Besonders für Kinder und Jugendliche, die sich hochgeladene Videos von Bloggern und Youtubern anschauen, ist oft nicht ersichtlich, ob die in den Videos empfohlenen Produkte vom Hersteller gezielt dort platziert wurden, um das Kaufverhalten von jungen Menschen zu beeinflussen.

Ein mir ebenfalls sehr wichtiger Punkt ist die Förderung europäischer Werke. Video-on-demand-Anbieter sollen daher - genau wie bereits die Rundfunkanbieter - einen bestimmten Prozentsatz ihres Katalogs mit europäischen Filmen und Produktionen füllen. Nur durch eine solche Förderung können wir unsere heimische Filmwirtschaft, die stark mit der Konkurrenz aus den USA zu kämpfen hat, erhalten und uns auch in Zukunft über anspruchsvolle, unterhaltende und qualitativ hochwertige europäische Produktionen freuen.

Ihre Europaabgeordnete



Sabine Verheyen



CDU-Kompakt ist die parteiinterne Mitgliederinformation des CDU Kreisverbandes Aachen

Anschrift: Martinstraße 8
52062 Aachen

Telefon: 0241 / 470 7110

Fax: 0241 / 470 7115

E-Mail: redaktion@cdu-aachen.de

Internet: www.cdu-aachen.de

Layout: Stefan Dussin

V. i. S. d. P.: Ulla Thönnissen MdL

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Bankverbindung der CDU Aachen:

Sparkasse Aachen

IBAN: DE21 3905 0000 0000 1241 72

BIC: AACSD33XXX